

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen

62. Sitzung
31. Mai 2010

Beginn: 14.03 Uhr
Ende: 15.16 Uhr
Vorsitz: Michael Dietmann (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Volker Thiel (FDP) bittet um Stellungnahme zu Pressemeldungen über eine Verzögerung der Eröffnung des Flughafens BBI.

Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (SenWiTechFrau) stellt dar, die Flughafengesellschaft prüfe derzeit, ob die Insolvenz der Ingenieurgesellschaft Kruck und der veränderte Scannerplatzbedarf durch die Zulassung von Flüssigkeiten ab 2013 zu Verzögerungen führen werde. Die Prüfungsergebnisse würden in der Aufsichtsratssitzung am 29. Juni behandelt. Dem Senat lägen dazu keine anderen Erkenntnisse vor.

Volker Thiel (FDP) fragt, inwieweit der Aufsichtsrat die Vergabe an die Fa. Kruck begleitet habe.

Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (SenWiTechFrau) erklärt, dass sie die Frage nicht beantworten könne, da die Aufsichtsratsunterlagen bestimmten Regeln unterlägen. Vergaben gehörten zum operativen Geschäft. Bisher habe die Geschäftsführung Abweichungen vom Finanzierungsplan nicht vorgelegt.

Heiko Melzer (CDU) teilt mit, dass sich seine Fraktion die Beantragung einer Sondersitzung nach dem 29. Juni vorbehalte.

Volker Ratzmann (Grüne) möchte wissen, ob Presseberichte zuträfen, dass der Generalplaner WSP CBP in einem dem Unternehmen seit dem 19. Mai vorliegenden Schreiben auf den nicht haltbaren Eröffnungstermin hingewiesen habe.

Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (SenWiTechFrau) verweist darauf, dass der Brief dem Senat nicht vorliege, sodass sie die Frage nicht beantworten könne.

Volker Ratzmann (Grüne) erwartet von politisch Verantwortlichen im Aufsichtsrat, dass solche Meldungen eruiert würden, um gegenüber dem Parlament auskunftsfähig zu sein. Wie sei der Umgang des Unternehmens mit den politisch Verantwortlichen zu erklären?

Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (SenWiTechFrau) bestätigt, dass es gegenwärtig Probleme gebe, die geprüft würden. Ergebnisse seien zur Sitzung des Aufsichtsrats am 29. Juni zu erwarten.

Vorsitzender Michael Dietmann bittet SenWiTechFrau, sich für eine schnelle Klärung „auf allen Kanälen“ einzusetzen und nicht nur den aufsichtsrechtlichen Weg in Betracht zu ziehen.

Gernot Klemm (Linksfraktion) äußert Zweifel an der Zuständigkeit dieses Ausschusses.

Vorsitzender Michael Dietmann unterstreicht die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafenprojekts.

Gernot Klemm (Linksfraktion) erkundigt sich nach den Ergebnissen der Energiekonferenz.

Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (SenWiTechFrau) berichtet, Auslöser der Konferenz sei das Thema „Liberalisierung der Strommärkte“ gewesen. In den letzten Jahren sei über mehr Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen im Bereich Netze, dezentrale Stromversorgung und verbraucherorientierte Angebote diskutiert worden. Bm Wolf sei mit zehn Thesen an die Öffentlichkeit getreten. Dabei gehe es um die Ausschöpfung der öffentlich-rechtlichen Möglichkeiten, z. B. bei Konzessionsvergaben, die Bündelung und Vermarktung regenerativer Energie durch öffentliche Energieanbieter, z. B. die BSR, und die öffentliche Beteiligung an den Versorgungsnetzen. Die Anregungen würden in weiteren Schritten umgesetzt, um das Thema „regionale Energieversorger“ weiterzuentwickeln.

Andreas Kugler (SPD) interessiert die Kooperation der Regionen Berlin und Riad im Hinblick auf die Teilnahme von Prinz Salman bin Abdulaziz Al Saud, Gouverneur der saudi-arabischen Region Riad, an der heutigen Wirtschaftskonferenz im Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof.

Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (SenWiTechFrau) führt aus, die saudi-arabische Seite habe v. a. Interesse am Know-how der Berliner Wasserakteure, einem vertieften Erfahrungsaustausch und einer Zusammenarbeit von Technologieparks. Darüber hinaus gehe es um den Aufbau einer Universitätsmedizin im Rahmen eines Kooperationsvertrags zwischen Vivantes International und der Imam-Universität. Der Prinz werde auch Gespräche mit dem Regierenden Bürgermeister und dem Bundesaußenminister führen und die Kant-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften erhalten.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Gesetzlicher Mindestlohn zur Absicherung existenzsichernder
Einkommen durch Erwerbsarbeit
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion)

[0288](#)

Frank Jahnke (SPD) plädiert dafür, dass Existenzsicherung durch Erwerbseinkommen am Markt ohne Aufstockung möglich sei. Das reale Lohnniveau sei in Deutschland erheblich gesunken, was sich auch in der Binnennachfrage niederschlage. Insbesondere der Niedriglohnsektor sinke zunehmend in Regionen ab, die nicht mehr existenzsichernd seien, obgleich die internationale Konkurrenzfähigkeit angesichts riesiger Exportüberschüsse nicht infrage stehe.

Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (SenWiTechFrau) berichtet, der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten sei in den letzten 15 Jahren um 49 Prozent gestiegen. Jeder fünfte Beschäftigte habe Stundenlöhne unter der Niedriglohnschwelle von 9,62 Euro in Westdeutschland bzw. 7,18 Euro in Ostdeutschland. 70 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten seien Frauen. Daher bestehe Handlungsbedarf. In der Mehrzahl der EU-Staaten existierten Mindestlöhne. Nicht nur sehr niedrige Mindestlöhne seien beschäftigungspolitisch neutral, sondern auch die Mindestlöhne in westeuropäischen Staaten, die zwischen 8 und 13,80 Euro lägen. Beschäftigungsverluste seien in Großbritannien, Dänemark und anderen Ländern nicht feststellbar. Vielmehr profitierten besonders Frauen von Mindestlöhnen. Selbst Living Wages in US-Städten, die sich an den Lebenshaltungskosten orientierten und in Kaufkraft gemessen bei 10 Euro lägen, hätten positive Effekte gehabt.

Im Entsendegesetz festgelegte Mindestlöhne hätten in den entsprechenden Branchen, deren Zahl zunehme, ebenfalls nicht zu einem Beschäftigungsabbruch geführt. Angesichts vieler guter Erfahrungen müsse man sich von einer ideologischen Argumentation gegen Mindestlöhne trennen. Sie erinnere an die Diskussionen über Mindestlöhne für Leiharbeit und Postdienstleistungen. Ab 1. Juli 2010 gelte ein Mindestlohn im Pflegebereich. Der vereinbarte Mindestlohn für das Bewachungsgewerbe — in Berlin 6,53 Euro — sei allerdings nicht existenzsichernd. Dazu müsse der Mindestlohn über 7,50 Euro liegen. Die Bundesratsinitiative des Senats habe keine Mehrheit gefunden. Die Diskussion in Deutschland gehe weiter.

Gernot Klemm (Linksfraktion) konstatiert, dass sich beim Thema Mindestlohn in den letzten Jahren einiges bewegt habe. Selbst Lidl-Manager forderten einen branchenbezogenen Mindestlohn im Einzelhandel. Die Bundesarbeitsministerin habe einen Mindestlohn für Zeitarbeitsverhältnisse angekündigt. Gleichwohl sei die Haltung der Bundesregierung bedenklich. Von den derzeitigen Branchenmindestlöhnen profitierten 1,1 Mio. Beschäftigte, inkl. Dachdecker- und Gebäudereinigergewerbe ungefähr 2 Mio., bei insgesamt 6 Mio. Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Das Problem könne durch branchenbezogene Mindestlöhne nicht gelöst werden und gehöre dringend auf die Tagesordnung, zumal Mindestlöhne auch die Konjunktur beeinflussten. Es sei ein Skandal, dass sich Unternehmen durch Lohndrückerei staatliche Subventionen in Form von Kombilöhnen erschleichen könnten. 1,37 Mio. Menschen seien auf Zusatzleistungen angewiesen. Damit würden Unternehmen pro Jahr mit 10,9 Mrd. Euro durch die öffentliche Hand subventioniert. Lohnsubventionen hätten nichts mit fairem Wettbewerb zu tun. In 20 europäischen Ländern gebe es einen Mindestlohn. Daher stelle sich die Frage, wie lange Deutschland sich dem weiter verschließen wolle und wie sich andere Parteien dazu stellten. Ggf. müsse der Bundesrat noch einmal mit dem Thema befasst werden.

Frank Jahnke (SPD) schließt sich dem an, zumal sich die Verhältnisse im Bundesrat gerade änderten. Man müsse angesichts der mehrheitlichen Praxis in der EU die Verweigerungshaltung bestimmter Parteien auf Bundesebene überwinden. Lohndumping betreffe zuerst Handwerksbetriebe, die deshalb Mindestlöhnen zuneigten. Im Hinblick auf nicht existenzsichernde Mindestlöhne, z. B. im Bewachungsgewerbe, stelle sich die Frage, wie SenWiTechFrau zu einem gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen stehe.

Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (SenWiTechFrau) betont, eine neue Bundesratsinitiative sei nur bei entsprechender Mehrheit sinnvoll. In den Wirtschafts- und Arbeitsministerkonferenzen habe sich bisher keine Mehrheit abgezeichnet. Mehrheiten änderten sich aber manchmal.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP

[0284](#)

Berliner Netzwerk für Duale Karrieren als Standortvorteil für Berlin

Drs 16/3149

Volker Thiel (FDP) spricht sich dafür aus, bestehende Möglichkeiten der Förderung dualer Karrieren zu verstärken, wie dies teilweise an der FU und TU geschehe. Zu überlegen seien Ausbau und Verbindung der Netzwerke. Er verweise auf erfolgreiche Bestrebungen der Universitäten Konstanz, Tübingen und Zürich bei der Gewinnung von Personen mithilfe dualer Karriereangebote. Mehr Aktivitäten stünden dem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin gut zu Gesicht.

Joachim Luchterhand (CDU) unterstützt das Anliegen, den Senat zur Prüfung der Möglichkeiten aufzufordern, nachdem dieser in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage Vorbehalte deutlich gemacht habe. Berlin sollte bei diesem Thema einen Standortvorteil erreichen. Richtig sei die Einbeziehung der Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der Wirtschaft. Dies könnte an eine staatliche Einrichtung gekoppelt werden, die duale Karrieren, z. B. auch bei Ansiedlungen, begleite.

Gernot Klemm (Linksfraktion) konstatiert Einigkeit bei der Förderung dualer Karrieren, die auch mit Frauenerförderung einhergehe. Berlin erscheine schon jetzt vorbildlich, wie die Beantwortung der Kleinen Anfrage gezeigt habe. Er verweise auf die Vergabe von Aufsichtsrats- und Managementposten an Frauen. Die hervor-

ragende Kitaausstattung sei ein Standortvorteil. Angesichts der Personalsituation des Landes sei es schwierig, neue Servicestellen für neue Aufgaben einzuführen. Darüber hinaus enthalte der Antrag nicht viel. Er stelle anheim, die Abstimmung über den Antrag zurückzustellen und zunächst die Ergebnisse der Konferenz der Hochschulen und der LaKoF im Juni abzuwarten. Ansonsten werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus (SenWiTechFrau) verweist auf ein Netzwerk in München, das ein ganz gutes Vorbild sei. Es handele sich aber nicht um eine staatliche Stelle, sondern sei Sache der Hochschulen. Bei der Berufung von Männern gelte leider häufig das alte Familienmodell, dem zufolge die Partnerinnen nicht arbeiteten. Bei der Berufung von Frauen würden aber für die Partner Angebote gemacht. Die Hochschulen befassten sich intensiv mit dem Thema. Im Rahmen der Evaluation des Masterplans werde die LaKoF gemeinsam mit der Beuth-Hochschule u. a. im Juni einen Vorschlag einbringen. Ob es sich um eine Stelle oder ein Netzwerk handeln werde, falle in die Entscheidungsbefugnis der Hochschulen. Berlin Partner mache bei Ansiedlungen von Unternehmen schon seit längerer Zeit Angebote für Partnerinnen und Partner. Auch SenBildWiss leiste im Lehrerbereich konkrete Hilfe. Berlin habe aufgrund guter Angebote für Familien und Frauen — Kinderbetreuung, Nutzungsmöglichkeiten verschiedener Schulprofile — bereits einen Standortvorteil. Man werde sehen, wie diese Angebote mit den Angeboten der Hochschulen vernetzt werden könnten. Es sei erst einmal nicht sinnvoll, eine administrative Stelle einzurichten.

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP

[0285](#)

Kreditmediator zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft einsetzen!

Drs 16/3169

Volker Thiel (FDP) wünscht einen Erfahrungsbericht über die Zusammenarbeit mit dem Kreditmediator auf Bundesebene sowie Prüfung, ob die Bestellung eines Kreditmediators auf Landesebene sinnvoll sei. Er verweise darauf, dass die Inanspruchnahme des erweiterten IBB-Wachstumsprogramms unzureichend sei, so dass nach den Gründen — zu hohe Hürden oder zu geringer Bekanntheitsgrad — zu fragen sei.

Frank Jahnke (SPD) erwidert, dass damit eine zusätzliche Institution ohne Relevanz geschaffen würde. Ein Kreditmediator könne die privaten Banken nicht zu Kreditangeboten zwingen. Die IBB bearbeite ihr Segment; die Programme seien der Wirtschaft seines Erachtens bekannt. Zu fragen sei, inwieweit der Kreditmediator auf Bundesebene überhaupt in Anspruch genommen werde.

Volker Ratzmann (Grüne) weist darauf hin, dass der Vertrag zum Kreditmediator im Geheimschutzraum des Bundestages liege und der Öffentlichkeit vorenthalten werde. Er kritisiere Intransparenz und rate von der Nachahmung ab. Im Hinblick auf die IBB wäre die Einrichtung auf Landesebene unlogisch, da das Land die inhaltliche Ausrichtung bestimme. Auf Landesebene könnte ein Kreditmediator nichts bewirken.

Heiko Melzer (CDU) plädiert dafür, die Einrichtung eines Kreditmediators auf Landesebene vorurteilsfrei zu prüfen, um Unternehmen aus der Kreditklemme gegenüber Privatbanken zu helfen. Diese Funktion müsse nicht zu mehr Stellen und Bürokratie führen. Sie werde in Baden-Württemberg vom Wirtschaftsstaatssekretär und in Thüringen vom ehem. Vorstand der Berliner Volksbank wahrgenommen. Das Kreditvolumen solle nicht auf 25 000 Euro begrenzt, sondern offener gestaltet werden, ggf. in Kooperation mit der Bundesebene.

Volker Thiel (FDP) unterstreicht, dass seine Fraktion um Prüfung bitte und nicht eine Stelle schaffen wolle. In welcher Form ein Kreditmediator ggf. bestellt werde, sei nicht Gegenstand des Antrags. Auch in anderen Bereichen gebe es gute Erfahrungen mit respektablen Persönlichkeiten, die auf 1-Euro-Basis Aufgaben für das Land wahrnahmen. Ein Kreditmediator könne auch bei der IBB angesiedelt sein und solle bei negativen Bescheiden vermitteln. Unternehmen hätten zunehmend Schwierigkeiten, Kredite zu bekommen. Die Tätigkeit müsse v. a. bei den Hausbanken ansetzen, die IBB-Förderprogramme häufig nicht weiterleiteten. 2009 seien auch nur 206 von 921 Mikrokreditanträgen bewilligt worden.

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU [0266](#)
Damit Berlin nicht offline bleibt: Freies WLAN für Berlin
endlich umsetzen — Ausschreibung noch in 2009 sicherstellen
Drs 16/2797
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0252](#)
Wird die Einführung des stadtweiten WLAN-Netzes zu einer
unendlichen Geschichte aus Verzögerungen und Pannen?
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Heiko Melzer (CDU) unterstreicht die wirtschaftspolitische Bedeutung des Projekts für Berlin, von dem sich der Senat im Januar verabschiedet habe. Die Frage sei, warum es angesichts verschiedener Interessenten kein Ausschreibungsverfahren gegeben habe. Aus Sicht seiner Fraktion sei das Projekt „mutwillig gegen die Wand gefahren“ worden. Sie sei nicht bereit, dieses Projekt aufzugeben. Das Scheinargument, Ampeln würden durch Antennen verschandelt, gehöre nicht in eine ernsthafte Diskussion.

Volker Thiel (FDP) schließt an, dass das Projekt wichtig für die Stadt sei und den hier lebenden und arbeitenden Menschen Vorteile biete. Überraschend sei der „Abpfiff“ im Januar gewesen. Der Hinweis auf Gaslaternen sei nicht akzeptabel. Die Stadtentwicklungssenatorin habe sich in die Wirtschaftspolitik eingemischt und eine Einzelfallprüfung gefordert, während der Wirtschaftssenator „einfach abgetaucht“ sei. Andere Städte hätten solche Projekte erfolgreich umgesetzt, Berlin begnüge sich offenbar mit Privatanbietern.

Dr. Andreas Köhler (SPD) kündigt Ablehnung des CDU-Antrags an. Freies WLAN kostenlos zur Verfügung zu stellen, gehöre nicht zum Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge. Die kostenlose oder kostengünstige Nutzung sei bereits in vielen Bereichen — Bibliotheken, Abghs, Restaurants — möglich. Im Übrigen gehe die technische Entwicklung in Richtung Smartphones mit mobiler Internetnutzung. 5 000 Sender auf Ampeln oder denkmalgeschützten öffentlichen Gebäuden anzubringen, sei auch nicht möglich.

Stefan Ziller (Grüne) verweist auf London, wo bis 2012 flächendeckend WLAN eingerichtet werde. Dafür würden Straßenlaternen genutzt. Berlin stehe es gut an, sich daran zu orientieren. Der Senat vergebe eine Riesenchance. Unrealistisch sei, auf eine Ausschreibung und einen Partner für ganz Berlin zu setzen, statt zunächst kleinere Bereiche zu entwickeln. Die BVV Friedrichshain-Kreuzberg wolle bezirkliche WLAN-Angebote machen. Die Frage sei, warum am Roten Rathaus nicht ein Angebot für den Alexanderplatz gemacht und das in Berlin vorhandene Know-how der IT-Wirtschaft nicht genutzt werde. Seine Fraktion habe regelmäßig Kontakt zu Berliner Initiativen und im Frühjahr verschiedene Vorschläge gemacht. Bei der Umsetzung würden dem Land kaum Kosten entstehen. Auch Cafébetreiber könnten einbezogen werden.

Heiko Melzer (CDU) stellt klar, der Senat solle nicht Betreiber sein, sondern über eine Ausschreibung private Betreiber suchen. Es gehe um die Attraktivität der Stadt für junge Leute und Unternehmen, nicht um öffentliche Daseinsvorsorge. Er verweise auf Madrid und London, wo trotz Smartphones freies WLAN eingerichtet sei bzw. werde, und frage, ob die Spitzen der SenStadt und SenWiTechFrau — nicht nur die Arbeitsebenen — über eine Ausschreibung gesprochen hätten. Die Recherchen des Senats reichten nicht aus; Rahmendaten seien zu klären und Fakten zu schaffen. Es gehe nicht darum, nur einen Anbieter zu haben; das Gebiet könnten sich mehrere aufteilen. Auch könne eine Pilotregion definiert und ausgeschrieben werden.

Staatssekretär Dr. Jens-Peter Heuer (SenWiTechFrau) erinnert daran, dass es in der Besprechung um ein stadtweites Netz, nicht um Insellösungen gehe. Er bestätige ein Gespräch auf Staatssekretärinnenebene. Im Kern gehe es um die Frage, welche Senderstandorte privaten Interessenten angeboten werden könnten. In der Innenstadt wären 5 000 Sendepunkte erforderlich. Der Senat habe sich über Jahre bemüht, die Voraussetzungen zu schaffen, sich allerdings auch darauf verständigt, Gaslaternen, Rostocker Leuchten und stadtbildprägende Laternen nicht zur Verfügung zu stellen. Ampelanlagen seien keine Alternative, weil die Sender mit einer eigenen Stromleitung versorgt werden müssten. Da dies nicht möglich sei, habe der Senat schweren Herzens entschieden, die Entwicklung eines stadtweiten Netzes zunächst nicht weiterzuverfolgen.

Vorsitzender Michael Dietmann teilt zum CDU-Antrag mit, dass in der Überschrift „2009“ durch „2010“ ersetzt werde und neuer Berichtstermin der 15. August 2010 sein solle.

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich, die Ablehnung des Antrags — auch mit geänderten Terminen — zu empfehlen, und schließt die Besprechung ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.